



SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden der Planungs-
und Baubegleitkommission Döppersberg
Hr. Stv. Klaus Jürgen Reese

SPD-Fraktion
Ulf Klebert
klebert@spdrat.de
Tel. 0202 563 6510

CDU-Fraktion
Patric Mertins
Patric.Mertins@cdu-fraktion-wuppertal.de
Tel. 0202 563 6818

Datum 18.05.2016

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. VO/0391/16
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
14.06.2016	Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg

**Verantwortlicher im Interessenbekundungsverfahren Polizeiwache am Döppersberg -
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.05.2016**

Sehr geehrter Herr Reese,

die Fraktionen von CDU und SPD begrüßen die Ankündigung der Stadt Wuppertal, sich nunmehr aktiv in das Interessenbekundungsverfahren der Wuppertaler Polizei im Hinblick auf die Standortsuche am Döppersberg einzubringen. Nach wie vor aber ist unklar, wie die Verwaltung das – nicht zuletzt auch in Zusammenarbeit mit den Wuppertaler Stadtwerken – zu organisieren gedenkt und wer konkret in welchem Geschäftsbereich die Federführung übernimmt. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von CDU und SPD, die Kommission möge in ihrer Sitzung am 14.06.2016 beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Verantwortlichen zu benennen, der das weitere Vorgehen der Stadt und die entsprechenden Maßnahmen im Hinblick auf das Interessenbekundungsverfahren zur Standortsuche der Polizeiwache am Döppersberg federführend koordiniert. Die Kommission wird in regelmäßigen Abständen über den Stand und den weiteren zeitlichen Ablauf des Verfahrens informiert.

Begründung:

Die antragstellenden Fraktionen sprechen sich mit Nachdruck für eine zentrale Polizeiwache am neuen Döppersberg aus. Die Unterbringung im Schwebbahnhof ist für die Fraktionen von CDU und SPD eine durchaus denkbare Alternative zum jetzigen Standort im Köbo-Haus. Diese Standortalternative muss jetzt unverzüglich umfassend geprüft werden. Dabei sind auch die erforderlichen baulichen Maßnahmen zu berücksichtigen. Stadt und Stadtwerke sind jetzt über reine Absichtserklärungen hinaus gefordert, sich unmittelbar am Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen. Hierfür ist ein federführender Ansprechpartner bei der Verwaltung nötig, der diese Prüfung koordiniert und das weitere Verfahren begleitet.

Der Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sollte den Antrag zur Kenntnis erhalten und ebenfalls regelmäßig über den Stand und den weiteren zeitlichen Ablauf informiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Müller
Fraktionsvorsitzender/Sprecher der
CDU-Fraktion

Volker Dittgen
Sprecher der SPD-Fraktion